

## Pressemitteilung zum Antrag Freigabe öffentlicher Dächer für PV

Um die Energiewende voranzutreiben und den Klimawandel zu verlangsamen, ist ein Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energie dringend erforderlich. Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hat mit ihrem Antrag die Freigabe öffentlicher Dachflächen für PV (Photovoltaik) – Anlagen gefordert. Die Stadt Quickborn würde damit auch eine wichtige Vorbildfunktion erfüllen. Nach dem Gebäudeenergiegesetz kommt Nichtwohngebäuden, die sich in öffentlicher Hand befinden, eine solche Vorbildfunktion zu.

Dabei sollen aus Sicht der Grünen gemeinnützige Betreiber wie z.B. Genossenschaften bevorzugt werden. Bei einer Freigabe öffentlicher Dachflächen für den Betrieb von PV-Anlagen durch externe Dienstleister entsteht der Stadt Quickborn nur ein geringer Aufwand. Anlagenplanung, Machbarkeitsprüfung, Installation und Wartung wären Aufgaben des Dienstleisters.

Je nach Modell der Vertragsgestaltung kann die Stadt Quickborn Einnahmen generieren durch Vermietung oder Verpachtung der Flächen oder den produzierten grünen Strom selbst nutzen. Besonders auf Schuldächern lässt sich eine PV-Anlage auch gut in pädagogische Konzepte integrieren. Dies würde zur naturwissenschaftlichen Bildung der Schüler\*innen beitragen und das Verständnis zur Nutzung erneuerbarer Energien fördern.

Wir Grünen bevorzugen ein genossenschaftliches Modell. Die Stadt Quickborn kann so ihren Verpflichtungen zur Vorbildfunktion nachkommen ohne selbst Investitionen tätigen zu müssen. Eine Genossenschaft ist eine Möglichkeit der Bürgerbeteiligung und trägt so auch zur Identifikation der Bürger\*innen mit ihrer Stadt, deren Gebäuden und der Art der Energieerzeugung bei.

Im Kreis Pinneberg steht bereits eine neu zu gründende Bürgerenergiegenossenschaft in den Startlöchern und ist händeringend auf der Suche nach geeigneten, bevorzugt öffentlichen Dachflächen. Ziel ist die Gründung einer Genossenschaft, die die Aufstellung der Anlagen übernimmt und sie auch betreibt. Dabei soll eine Rendite für die Mitglieder erwirtschaftet werden. Nach Aussage der Gründer der Solarinitiative wollen sie die Energiewende in die Hand nehmen und nicht warten, bis der Staat das regelt. Die Bürger sind bereit ihr Geld zu investieren, womit gleich zwei Ziele erreicht werden: etwas gegen die Klimakrise zu tun und gleichzeitig davon finanziell profitieren !

Kontakt zur Solarinitiative des Klimabündnisses Halstenbek ist im Internet auf der Homepage [www.klimabuendnis-halstenbek.de](http://www.klimabuendnis-halstenbek.de) zu finden.

Anke Thomsen und Pamela Masou  
Vorstand Ortsverband BÜNDNIS90/DIE Grünen

10.06.2021